

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



THOMAS FUCHS, GROSSRAT,
NATIONALRATSKANDIDAT SVP,
KANTON BERN
SEKRETÄR PRO LIBERTATE
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Drum prüfe wer sich ewig bindet!

Soll unser Land der EU beitreten, wollen Sie tiefere Steuern, weniger Gesetze, weniger Bürokratie und mehr Freiheit? Dann prüfen Sie die am 21.10. 2007 zur Auswahl stehenden Namen auf den unzähligen Listen genau und nehmen Sie sich Zeit für eine Qualitätskontrolle, es lohnt sich. Vor allem: jede Stimme an ein Mitglied einer rot-grünen Partei schwächt die Bürgerlichen. Prüfen Sie kritisch den Leistungsausweis der bisherigen National- und Ständeräte. Was wurde versprochen und was wirklich gemacht? Übrigens, haben Sie es bemerkt? Die Badesaison war so schlecht wie schon lange nicht mehr und im August hatten wir sehr kühle Temperaturen. SP und Grüne reden seither nicht mehr von der Klimaerwärmung sondern nur noch von der Klimaveränderung! Darum bei der kommenden Wahl: nicht manipulieren lassen, unbedingt mitmachen und prüfen wer die nächsten vier Jahre Ihr Vertrauen geniessen soll!

«Es braucht Bundesrat Blocher»



Bild: Jungfrau-Zeitung, Interlaken

Sehr geehrter Herr Nationalrat Amstutz. Sie sind nun vier Jahre im eidgenössischen Parlament, also vier Jahre eidgenössische Politik. Welche drei Erkenntnisse würden Sie unseren Leserinnen und Lesern aufzeigen?

1. Es braucht Bundesrat Blocher und eine noch stärkere SVP.
2. Die Geldverschleuderung ist viel vehementer zu bekämpfen.
3. Dem grassierenden Missbrauch im Asyl- und Sozialwesen ist der Riegel zu schieben.

Wenn Sie an die nächste Legislatur denken, was kommt aus Ihrer Sicht auf die Schweiz zu?

Sollte es den anderen Parteien gelingen, die SVP zu schwächen und Bundesrat Blocher abzuwählen, werden die Schleusen im Asylwesen und beim Geldverschwenden wieder geöffnet. Zudem wird der Schuldenberg und die schickanöse Bürokratie wieder munter weiter wachsen.

In dieser Ausgabe

- 2 «Die Weber-Initiative bedeutet die Abschaffung unserer Luftwaffe»
- 3 Ein voller Erfolg: Die Herbst-Exkursion von PRO LIBERTATE
- 4 «Ein gutes Gefühl, als Gruppe erfolgreich zu bestehen»
- 5 Freiheit und Drogen
- 6 Bedenkliche UN-Obsession
- 7 «Freiheit ist für mich das höchste Gut»
- 8 Wahlempfehlung



«Die Weber-Initiative bedeutet die Abschaffung unserer Luftwaffe»

2
3

Herr Nationalrat Amstutz, Sie wohnen quasi am Eingang zum Berner Oberland. Viele benützen oft unbedarft den Begriff «Randregion» für das Oberland. Stellt die aktuelle Diskussion «Stadt/Land» eine Gefahr für den Zusammenhalt der Schweiz dar?

Nein, die aktuelle Diskussion ist eine Chance für die Bevölkerung in den Land- und Bergregionen. Mit Stillschweigen ist der wachsende Graben zwischen Stadt und Land nicht zuzuschütten. Es ist aber an uns, die Fakten zu Gunsten unserer Land- und Bergregionen auf den

«Kein militärischer Jetlärm über Tourismus-Gebieten» abstimmen. Als Berner Oberländer sind Sie mit dem Flugplatz Meiringen konfrontiert. Wie lautet Ihre Botschaft?

Ich stehe voll und ganz zur Luftraumverteidigung und somit zur Luftwaffe. Nach der neusten Entwicklung in Payerne und Sion bin ich aber der Meinung, dass wir für den Militärflugplatz Meiringen dezidiert für erträgliche Lärmbelastungen kämpfen müssen.



Tisch zu legen und unseren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Gerade sozialdemokratische und freisinnige Politiker und Politikerinnen wollen aber die Zentren mit ihren Agglomerationen stärken und fördern...

Ja, die wollen starke Zentren und der Rest des Kantons soll ein grosser Ballenberg werden, wo sich vor allem Wolf und Bär wohlfühlen. Diesem Ansinnen ist entschieden entgegen zu treten. Ich will, auch im Interesse der Regionen, starke wirtschaftliche Zentren. Das ist matchentscheidend für unseren Wohlstand. Aber ich will ebenso die verlorene Freiheit zurück, die den Land- und Bergregionen in den letzten 30 Jahren abgeluchst worden ist. Nur so ist eine wirtschaftliche Entwicklung in den Land- und Bergregionen weiterhin möglich.

Bald werden wir über die von Franz Weber eingereichte Volksinitiative

Viele denken darüber nach, der Weber-Initiative zuzustimmen, um dem VBS einen Denkmittel zu verpassen: oft mangelndes Gespür für die Anliegen der Bevölkerung, Abbau von Armee-Arbeitsplätzen, Stationierungskonzept mit nur drei Flugplätzen, zunehmender Militär-Internationalismus. PRO LIBERTATE ist der Ansicht, das dies der falsche Weg ist, seinen – wohl in vielen Fällen berechtigten – Unmut zu äussern.



Adrian Amstutz aus Sigriswil, BE, wurde am 2. Dezember 1953 geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Er führt ein Unternehmen und wurde 2003 als SVP-Mitglied in den Nationalrat gewählt. Er ist Mitglied der staatspolitischen Kommission und stellt sich für eine weitere Legislatur zur Verfügung!

Die Weber-Initiative bedeutet die Abschaffung unserer Luftwaffe. Diesem gefährlichen Ansinnen trete ich vehement entgegen und ich warne davor, über diese Initiative irgendwelche Denkmittel zu verteilen. Zur Lösung des Lärmproblems, aber auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen, muss meines Erachtens ein vierter oder fünfter Militärflugplatz für den Jet-Betrieb einbezogen werden.

Sehr geehrter Herr Nationalrat, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Mit Nationalrat Adrian Amstutz SVP, BE, sprach Ami Bossard Gartenmann bossard@prolibertate.ch



Ein voller Erfolg: Die Herbst-Exkursion von PRO LIBERTATE

TEXT: PATRICK FREUDIGER

Am 31. August fand die traditionelle Herbst-Exkursion von PRO LIBERTATE statt. Aufgrund der grossen Nachfrage konnten leider nicht alle Interessierten an der Exkursion teilnehmen. In zwei Cars wurden die Teilnehmer vom Besammlungsort Luzern nach Emmen gefahren, wo sich die Drohnenbasis der Armee (DBA) befindet. Dort wurden sie von Oberst i Gst Othmar Flückiger empfangen. Ausführlich und kompetent brachte er in einem Referat den Anwesenden die militärische Bedeutung der Drohnen, deren Funktionsweise sowie die Einsatzdoktrin näher. Drohnen dienen primär der Überwachung und Aufklärung. Die Schweiz ist mit dem Aufklärungsdrohnensystem 95 (ADS 95) ausgerüstet. Dazu gehören u.a. die 28 Drohnen vom Typ «Ranger». Mit einer idealen Aufklärungshöhe zwischen 1000 und 3000 Metern über Grund ist der Einsatz bei Tag und Nacht möglich. Der Schweizer Luftraum gehört jedoch zu den am dichtesten beflogenen in Europa, was den Luftraum für Drohnenoperationen zum Teil massiv einschränkt. Flückiger schilderte auch die enge Verflechtung von zivilen und militärischen Infrastrukturen bei Drohnen. Dies ist international gesehen ein Sonderfall. Als wichti-

ge Herausforderung für die Zukunft nannte Flückiger die Digitalisierung des Systems. Nach dem Referat konnten die Teilnehmer die Drohnen selbst, sowie die weiteren Bestandteile des ADS 95 besichtigen. Gegen Mittag begab sich die Gruppe zurück nach Luzern, um im Restaurant Luzernerhof bei gemütlicher Atmosphäre das Mittagessen einzunehmen. Danach stand die Besichtigung des Bourbaki-Museums auf dem Programm. Unter kundiger Führung wurde dieses vor wenigen Jahren restaurierte Panorama den Anwesenden näher gebracht. Neben dem eigentlichen Panorama gibt es ein Museum mit Dokumenten und Erläuterungen, u.a. zur damaligen historischen Situation, sowie zum Panorama als künstlerische Ausdrucksform. Panoramabilder dienen vor allem dazu, den Besuchern lebendige Eindrücke zu vermitteln. Bald jedoch wurden sie durch das aufkommende Kino verdrängt. Das vom Genfer Maler Edouard Castres erstellte Bourbaki-Panorama thematisiert die Aufnahme von gut 87 000 französischen Soldaten der Bourbaki-Armee. Diese Armee kämpfte im deutsch-französischen Krieg 1870/1871 und wurde von den Deutschen eingekesselt. Einziger Ausweg war die Internierung in der Schweiz. Unter dem Kommando von General Hans Herzog entwaff-



nete die Schweizer Armee die hereinkommenden Franzosen. Diese wurden anschliessend auf 24 Kantone und 190 Gemeinden verteilt. Die öffentliche Infrastruktur der Schweiz reichte jedoch für eine derartige Hilfeleistung nicht aus. Unabdingbar war zusätzliches, freiwilliges und privates Engagement. Die vorbehaltlose und herzliche Aufnahme seitens der Schweizer Bevölkerung ist bis heute ein prägendes Beispiel eidgenössischer Solidarität und hat der Schweiz weltweit Ansehen verschafft. So konnte die Schweiz auch ihre Position als neutraler Staat inmitten der traditionellen europäischen Konkurrenten Frankreich und Deutschland festigen.

■ ■ Vor dem Bourbaki-Museum. ■ ■

«Ein gutes Gefühl, als Gruppe erfolgreich zu bestehen»

4
5



■ ■ Claudio Gür, geb. 1989, Matten b. Interlaken Nationalratskandidat JSVP, Kanton Bern ■ ■

claudio_guer@hotmail.com

Sehr geehrter Herr Gür, im April 2007 wurden Sie als Führungsstaffelsoldat der Infanterie ausgehoben. Können Sie uns kurz erklären wie so eine Aushebung verläuft.

Die Rekrutierung dauert zwei bis drei Tage, Es gibt Tests für die sportliche Leistungsfähigkeit, die psychische Stabilität und die gesundheitliche Verfassung. Anhand von diesen Tests wird zuerst beurteilt, ob man tauglich ist. Wenn man vom Arzt den Tauglichkeitsentscheid bekommt, folgt ein Einteilungsgespräch. Bei diesem Gespräch wird anhand der Testresultate, der verfügbaren Plätze und der eigenen Interessen eine möglichst passende Einteilung angestrebt. In der Armee XXI gibt es 257 verschiedene Funktionen, daher ist es vorteilhaft, wenn man sich vorher über die verschiedenen Funktionen informiert und sich Gedanken über Einteilungswünsche macht. Sonst riskiert man, irgendwo eingeteilt zu werden, wo man keine Ahnung hat oder lieber nicht hin möchte.

Welchen Auftrag hat ein Führungsstaffelsoldat?

Ein Führungsstaffelsoldat der Infanterie ist bei den Kampftruppen eingeteilt, hat aber zusätzlich noch zwei Blitze im Funktionsabzeichen, wie sie die Übermittler und die Nach-

richtensoldaten haben. Der Führungsstaffelsoldat durchläuft die Infanterie-Grundausbildung mit einer Spezialausbildung auf den Funkgeräten und im Nachrichtendienst. Im Einsatz besteht der Auftrag der Führungsstaffel im Aufbau und Betrieb einer Wagenburg und des mobilen Kommandopostens. Das heisst die Führungsstaffel ist mit dem Bataillonskommandanten unterwegs und stellt die Verbindungen zu den Kompanien und zur Brigadenführung sicher.

Am 2. Juli 2007 erhielten Sie das Maturadiplom und am 3. Juli 2007 rückten Sie als Rekrut auf dem Waffenplatz Chamblon ein. Wie erlebten Sie diese Umstellung.

In meinem Leben als Gymnasiast hatte ich eine 4-Tagewoche, Ordnung und Pünktlichkeit waren für mich Fremdwörter. Ab Beginn RS haben sich diese Dinge grundlegend verändert: 7-Tagewoche mit Tagwache 05:45 Uhr und Urlaub von Samstagmorgen 07:00 Uhr bis Sonntagabend 23:30 Uhr, Zimmerordnung immer perfekt. Die Umstellung ist nicht gerade leicht. Ich las vor der RS jeden Tag mindestens eine Stunde Zeitung. Im Militär bekommt man gerade noch so das Wichtigste mit, vor allem Sport, der Rest ist im Militärdienst kein Gesprächsthema. Die schwerwiegendste Umstellung war für mich der Verlust des Privatlebens, die Aktivitäten in der Partei, in Vereinen oder mit Freunden. An einem normalen Wochenende bin ich abzüglich Reise etwa 33 Stunden zuhause.

Welche Anforderungen werden an Rekruten gestellt?

An Rekruten werden eigentlich keine besonderen Anforderungen gestellt. Eine gewisse körperliche und psychische Gesundheit, der Rest wird einem beigebracht oder eingehämmert, je nach Situation.

Worin bestand Ihre Ausbildung während der ersten sieben Wochen?

Während der ersten sieben Wochen der RS ist man in der so genannten allgemeinen Grundausbildung. In der Infanterie heisst das Gefechtsverhalten und Sturmgewehrausbildung,

erste Biwaks und Märsche, dazu die nötige Theorie und erste Spezialausbildungen wie z.B. Funk oder Panzerfaust, je nach Funktion. Während diesen sieben Wochen kann man bereits einen Vorschlag zum Unteroffizier oder zum Offizier bekommen. Wenn dies der Fall ist, ist die RS nach sieben Wochen beendet und man wechselt zur Kadernschule.

Dies war bei Ihnen der Fall, nun sind Sie in der Unteroffiziersschule in Colombier. Was hat sich im Dienstbetrieb und in der Ausbildung geändert?

Der Dienstbetrieb ist ähnlich, abgesehen davon, dass weniger Wert auf die Zimmerordnung, dafür aber umso mehr auf eine gute Haltung und ein korrektes Tenue gelegt wird. Die Ausbildung verläuft etwas strenger, es wird mehr verlangt und man wird darauf hintrainiert, das Gelernte gleich auch weiter zu vermitteln. Selbstständig führt man Gruppen, bestellt Material und schreibt Befehlsausgaben und Rapporte. Des Weiteren hat man eine theoretische Führungsausbildung, die man sich zertifizieren lassen kann und die auch im zivilen Leben anerkannt ist.

Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit man eine Empfehlung für die Kadernausbildung bekommt?

Das hängt davon ab wie viele Leute weitermachen möchten und wie viele gebraucht werden. Grundsätzlich sollte es nach meiner Erfahrung für jeden, der motiviert ist und sich etwas anstrengt, möglich sein, mindestens Unteroffizier zu werden. Der Offiziersvorschlag muss jedoch von der Kadernschule bestätigt werden und benötigt die Qualifikationsnote «Gut».

Nach rund zweieinhalb Monaten Dienst: Welches war für Sie die herausforderndste Situation?

Die grösste Herausforderung war für mich bis jetzt, als Gruppenchef eine Gruppe, welche aus Leistungsstärkeren und -schwächeren bestand, gegen Ende eines Marsches zusammenzuhalten und pünktlich ins Ziel zu führen. Einerseits drückte die Zeitlimite und die Stärkeren wollten drauflos rennen, um den Marsch

nicht wiederholen zu müssen, während andere Probleme mit den Knien oder Schmerzen an den Füssen hatten. Erschwerend kam dazu, dass mich meine Kräfte langsam verliessen. Im Nachhinein war es ein äusserst befriedigendes Gefühl, die Übung mit der Gruppe erfolgreich beendet zu haben.

Wie ist nun der Verlauf Ihrer weiteren militärischen Ausbildung?

Falls mein Offiziersvorschlag von der Kadernschule bestätigt wird, werde ich die Ausbildung zum Offizier antreten und voraussichtlich am 31.07.08 mit Abverdiene fertig sein.

Claudio Gür, wir danken für das Gespräch, wünschen Ihnen weiterhin eine gute Zeit beim Militär und danken Ihnen für den Einsatz zugunsten der Landesverteidigung.

Mit Claudio Gür sprach Ami Bossard Gartenmann
bossard@prolibertate.ch



SABINA GEISSBÜHLER-STRUPLER,
HERRENSCHWANDEN,
PRO LIBERTATE-MITGLIED,
NATIONALRATSKANDIDATIN
SVP-FRAUEN BE

E-Mail: s.g.s@bluewin.ch

Gerade wir «PRO LIBERTATE»-Anhänger wollen für unsere Rechte einstehen und uns von möglichst wenigen gesetzlichen Bestimmungen in der persönlichen Freiheit einschränken lassen. Wir wollen Entscheidungen in Verantwortungsbewusstsein fällen und mit unserem Verstand Vor- und Nachteile unseres Handelns abwägen. Leider haben aber viele Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker noch nicht gemerkt, dass süchtige Menschen alle diese Tugenden verloren haben und deshalb nicht mehr fähig sind, für sich selber, geschweige denn für andere, Verantwortung zu übernehmen. Schon vor bald 20 Jahren hat *Frau Prof. Jeanne Hersch, Philosophieprofessorin, mit grosser Besorgnis die Entwicklung in der Schweizer Drogenpolitik verfolgt und folgendermassen Stellung genommen: «Zum Wesentlichen des Menschseins gehört die Freiheit zur Entscheidung. Der Drogenkonsum aber verhindert, dass der Mensch wirklich Mensch sein kann. Der Drogenkonsument verliert seine Freiheit und seine Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.*

Freiheit und Drogen

Deswegen ist es eine reine Perversion des Denkens, wenn man behauptet, es gehöre zu den Menschenrechten, Drogen konsumieren zu dürfen.»

Trotzdem waren die Schweizer Stadtregierungen anfangs der 90er Jahre mehrheitlich der Ansicht, dass eine offene, «überwachte», mit sauberen Spritzen belieferte Drogenszene «vorerst» toleriert werden müsse. Nur mit einer ausufernden, offenen Drogenszene mit ungeheurer Sogwirkung über die Schweizer Grenzen hinweg, wo Raub, Diebstahl, Hehlerei und Mord an der Tagesordnung waren, konnte die Bevölkerung **für den nächsten Schritt der Drogenlegalisierungslobby, nämlich die Einführung niederschwelliger Angebote**, empfänglich gemacht werden. Dazu wurden die Medien benutzt: Bilder der offenen Drogenszenen und Stories von Einzelschicksalen Drogensüchtiger gingen um die Welt. Gebetsmühlen gleich wurden perfide Behauptungen der Drogenlegalisierungslobby veröffentlicht:

- Die schlimmen Folgen der Heroinabhängigkeit würden nicht durch das Rauschgift Heroin verursacht, sondern durch die Illegalität und den verunreinigten Stoff.
- Die Bestrafung von Drogenkonsumenten widerspreche dem Grundsatz, wonach selbst schädigendes Verhalten als nicht zu bestrafen gelte.
- Die sich ausbreitende Drogenepidemie beweise, dass die Repression gegenüber Drogendealern und Drogenkonsumenten versagt hätte, und deshalb das Betäubungsmittelgesetz revidiert werden müsse.

Hier muss ganz klar festgehalten werden, dass die Drogenlegalisierungslobby die Schaltstellen der Drogenpolitik besetzte und bis heute besetzt, und somit vielerorts die Polizei ihren eigentlichen Auf-

trag, wie er im Betäubungsmittelgesetz und Strafrecht fest geschrieben ist, nicht wahrnehmen darf. Drogensüchtige Menschen wurden plötzlich nicht mehr als Kranke, sondern als Klienten behandelt, welche selber bestimmen sollen, was und wie viele Suchtmittel sie konsumieren wollen. Zwar wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bei der Abstimmung zu den Heroinabgabeversuchen versprochen, dass diese staatliche Rauschgiftabgabe nach der Schliessung der offenen Drogenszenen als Überlebenshilfe für die Süchtigen notwendig sei, aber dass eine zeitliche Beschränkung sowie ein Dosisabbau bis zur Abstinenz praktiziert würden. Natürlich wussten die Promotoren der Heroinabgabe (Uchtenhagen, Hämmig, Gutzwiller) auch von gescheiterten Drogenabgaben – Versuchen aus dem Ausland wie Schweden, England. Längst ist aus den 1995 gestarteten Experimenten eine eigentliche staatlich bezahlte «Drogenindustrie» entstanden. Nationalrat Felix Gutzwiller zum Beispiel profitiert indirekt von den Drogensüchtigen. Gutzwiller sitzt im Verwaltungsrat der Siegfried AG, welche das lukrative Geschäft mit der Methadonherstellung tätigt. **«In einer Demokratie geschieht letztlich das, was das Volk in seiner Mehrheit meint und will. Was es aber meint und will, hängt von den Informationen ab, die ihm vermittelt oder vorenthalten werden.»** Diese Feststellung von Professor Kriele, Köln, trifft insbesondere für die Drogenpolitik zu. Falls sie unser vierteljährig erscheinendes Bulletin, in welchem sich eine Fachgruppe mit Drogenfragen, mit in- und ausländischen Studien sowie mit den Auswirkungen unserer liberalen Drogenpolitik in **gesundheitspolitischer, gesellschaftlicher und ökonomischer** Hinsicht befasst, zu 20.– Franken pro Jahr abonnieren möchten, würde dies uns sehr freuen.

– Bedenkliche UN-Obsession –

6
7



VON PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL,
NATIONALRATSKANDIDAT JSVP BE

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Im September 2002 trat die Schweiz der UNO bei. Kürzlich zog Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey anlässlich des 5 Jahre-Jubiläums der Schweizer UNO-Mitgliedschaft Bilanz. Sie fiel – wie könnte es anders sein – positiv aus: Es ist das Fazit einer leidenschaftlichen Berufsinternationalistin.

Fragwürdig ist dabei Calmy-Reys Lob an den UNO-Menschenrechtsrat. Dieses 2006 geschaffene Gremium ist eine Art Prototyp eines Papiertigers. Zwar werden von den Mitgliedern «höchste Standards zur Förderung und zum Schutz von Menschenrechten» verlangt. Die hehren Worte von Menschenrechten stehen in genau umgekehrt proportionalem Verhältnis zu den praktischen Auswirkungen der Äusserungen. Mitglieder des Menschenrechtsrates sind etwa China, wo Menschenrechte eher ein Synonym für Rechte von Parteimitgliedern sind. Des Weiteren Pakistan und Saudi-Arabien, wo z.B. Christen tagtäglich in Form von systematischer Unterdrückung und Verfolgung den zweifelhaften Genuss dieser «höchsten Standards» bei Menschenrechten erfahren dürfen. Der ehemalige amerikanische US-Botschafter und UNO-Skeptiker John Bolton bezeichnete den Menschenrechtsrat denn auch «als geschminkte Raupe statt eines Schmetterlings». Da der Menschenrechtsrat also zum Zuschauen bei Mord und Unterdrückung verurteilt ist, will man wenigstens dort den moralischen Zeigefinger erheben, wo Regierungen jeden noch so absurden Tadel kritiklos akzeptieren:

Z.B. in der Schweiz. Der umtriebige UN-Sonderberichterstatter für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung Doudou Diène untersucht in den Mitgliedstaaten rassistische und fremdenfeindliche Vorfälle. Nach einem Besuch im Jahre 2006 von gerade mal 5 Tagen zeigte sich Diène im Vorfeld der Abstimmung über das verschärfte Ausländer- und Asylgesetz besorgt über die politische Instrumentalisierung von Fremdenfeindlichkeit und rassistisch motivierter Polizeigewalt. Weiter hielt er fest: «*Ich habe festgestellt, dass die Verteidigung der nationalen Identität im politischen Diskurs und in den Medien immer grösseres Gewicht erhält.*» Was angesichts der zunehmenden Islamisierung von Europas Staaten und der katastrophalen Resultate des Multikulturalismus (Kriminalität, Sozialtourismus) nicht weiter erstaunen kann, ist für den UN-Moralapostel schon Grund genug für eine Rüge. Auch dieses Jahr setzt sich Diène wieder in Szene und kritisiert das Schäfchen-Plakat der SVP. Zudem verlangt er eine Distanzierung des Bundesrates. Nicht nur fragwürdig, sondern äusserst bedenklich war dann allerdings die politische Forderung Calmy-Reys. Sie forderte nämlich eine Mitgliedschaft der Schweiz im UN-Sicherheitsrat. Der Sicherheitsrat ist das wichtigste Organ der UNO. Er beschliesst über den Abbruch diplo-

matischer Beziehungen, Wirtschaftssanktionen bis hin zu Mandaten für einen Kriegseinsatz. Kurz: Im UN-Sicherheitsrat muss ein Mitglied Partei ergreifen. Bei Konflikten innerhalb eines Staates und insbesondere auch bei Konflikten zwischen Staaten. Diese Parteinahme ist in keiner Weise vereinbar mit der verfassungsmässig sanktionierten (Art. 173 und 185 BV) und populären ausserpolitischen Neutralitätsmaxime. Bei der UNO-Abstimmung versicherte der Bundesrat bei jeder sich bietenden Gelegenheit, die schweizerische Neutralität würde bei einem UNO-Beitritt gewahrt. Man formulierte sogar eine – jedoch wertlose – Neutralitätserklärung an die UNO. Nun fordert die Schweizerische Bundespräsidentin offen eine Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat. Diese Forderung reiht sich ein in den Kontext des neutralitätswidrigen Aktivismus von Calmy-Rey. Als Beispiele mögen dienen: Die polemischen Vorwürfe an die US-Aussenpolitik, die laufende und einseitige Parteinahme im Israel-Palästina-Konflikt oder schliesslich die Forderung eines unabhängigen Staates Kosovo. Wie Calmy-Rey ihre Aussenpolitik trotz Schwur auf unsere Bundesverfassung mit ihrem Gewissen vereinbaren kann, bleibt ihre Sache. Sie an der Ausföhrung ihres neutralitätswidrigen Aktivismus zu hindern, ist bzw. wäre jedoch die Aufgabe jedes Politikers.

LinksLinksLinksLinks

www.smartvote.ch

www.parlament.ch

www.vbs.ch

www.cvp.ch

www.fdp.ch

www.svp.ch

www.luftwaffe.ch

www.elterngegendrogen.ch

Schon vorbeigesurft?

▶ www.prolibertate.ch ◀

«FREIHEIT ist für mich das höchste Gut!»

Sehr geehrter Herr Dr. Schlomann, Sie waren 1944 als 16-jähriger im Endkampf im Berliner-Kessel. Sie waren verwundet und gerieten in sowjetische Gefangenschaft. Sie haben miterlebt wie das DDR-Regime mit Gewalt die Demokratie verhinderte. Was bedeutet für Sie Freiheit?

Freiheit ist für mich das höchste Gut, das Wichtigste der Würde eines Menschen. Ohne sie kann es auch keinen Rechtsstaat und keine Demokratie geben. Selbstverständlich hat eine Freiheit dort ihr Grenzen, wo sie die Freiheit anderer Menschen bedroht.

An der Universität Basel promovierten Sie zum Dr. iur. Bis heute pflegen sie regen Kontakt zur Schweiz, verbringen ihre Ferien am Thunersee. Welche Bedeutung hat unser Land für Ihr Leben?

Mein erster Eindruck war, dass mein Vater mir nach 1933 – mitten im Sommer – schneebedeckte Berge zeigte und sagte: «Das ist ein besseres Land!» Später schrieb ich für viele Schweizer Zeitungen, zuletzt hielt ich Gastvorlesungen an der ETH Zürich. Ich kenne viele Länder, die Schweiz mit ihrem politischen Leben gefällt mir am besten. Dort fühle ich mich wohl.

In Ihrem Buch «Mit soviel Hoffnung fingen wir an», beschreiben Sie die Aufbruchstimmung in der deutschen

Ostzone. Als CDU-Mitglied hofften auch Sie, dass trotz der sowjetischen Besetzung ein freies demokratisches Deutschland entstehen könnte. Viele Ihrer Freunde sind in Stasi-Gefängnissen zugrunde gegangen und Ihnen selbst ist in letzter Minute die Flucht in den Westen gelungen. Ist für Sie die deutsche Wiedervereinigung nicht Genugtuung für die vielen erbrachten Opfer?

Ich habe niemals an einer Wiedervereinigung gezweifelt, kannte ich doch die Menschen in der DDR und das menschenfeindliche SED-System. Dass meine Freunde ihr Leben für die Freiheit und die Einheit Deutschlands verloren, gehört zu den vielen, unverzeihlichen Verbrechen jener zweiten deutschen Diktatur!

Teilen Sie die Meinung, dass ehemalige Stasi- und SED-Grössen im Gegensatz zu den ehemaligen Gegnern des DDR-Regimes finanziell besser gestellt sind? Stört es Sie, dass offenbar gewisse Stasi-Leute Ihren Lebensabend in der Schweiz verbringen?

Das heutige Deutschland zahlt für einstige Stasi-Mitarbeiter und SED-Bonzen Renten von jährlich drei Milliarden Euro, für damalige politische Häftlinge lediglich 70 Millionen – in meinen Augen eine Schande! Dass Ex-Stasi-Leute heute unbehelligt in der Schweiz leben, ist sehr bedauerlich; da ihre Straftaten verjährt sind,

bleibt nur moralische Verachtung. Hoffentlich erhalten sie nicht auch die Staatsangehörigkeit.

Bekanntlich wurden linke Schweizer Politiker, darunter auch Sozialdemokraten in der DDR von höchster Stelle mehrmals empfangen. Darüber fand bei uns nie eine Debatte statt. Sollten diese Vorgänge nicht an den Pranger gestellt werden?

Bei Kritik an der Schweiz sollten Deutsche zurückhaltend sein. Dennoch, Schweizer Versuche, Untersuchungen über das Treiben der DDR in der Eidgenossenschaft und ihre dortigen Anhänger aufzudecken und öffentlich darzulegen, sind bedauerlicherweise gescheitert. Im Interesse der historischen Wahrheit sollte indes nichts vertuscht werden!

Sie sind heute nach wie vor sehr engagiert. Sie sind publizistisch tätig und halten regelmässig Vorträge. Was ist Ihre Motivation, was Ihre Botschaft?

Wir Überlebenden der Hitler-Zeit, des Zweiten Weltkrieges und dann der DDR, stehen in der Pflicht, der Nachwelt das damalige Geschehen näher zu bringen und sie vor den vielfältigen Gefahren einer Diktatur zu warnen. Derartiges sollte niemals wieder geschehen.

Was möchten Sie speziell den jungen Menschen in Europa auf den Weg mitgeben?

Sich der inneren Werte eines Menschen bewusst zu sein – an deren führender Stelle die Freiheit steht –, wachsam zu werden gegenüber allen Anzeichen einer Diktatur (auch schon einer allzu mächtigen Bürokratie eines Staates) und andererseits Toleranz zu üben. Angesichts der Globalisierung ist es mehr denn je wichtig, zu lernen und sich möglichst schnell auf – gerade technische – Neuigkeiten einzustellen.

Mit Dr. Schlomann sprach Ami Bossard Gartenmann
bossard@prolibertate.ch



■ ■ Dr. Schlomann
im Gespräch
mit der Präsidentin
PRO LIBERTATE. ■ ■

WAHLEMPFEHLUNG

Werte Mitglieder und Sympathisanten der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE

Wir empfehlen Ihnen alle Kandidierenden, die sich in diesen Mitteilungen äusserten, zur Wahl. Weiter empfehlen wir folgende PRO LIBERTATE-Mitglieder und Sympathisanten:

Nationalräte:

J. Alexander Baumann, SVP, Kreuzlingen, TG
Jean-Henri Dunant, SVP, Basel, BS
Hans Fehr, SVP, Eglisau, ZH
Bernhard Hess, SD, Bern
Rudolf Joder, SVP, Belp, BE
Simon Schenk, SVP, Trubschachen, BE
Ulrich Schlüer, SVP, Flaach, ZH
Pierre Triponez, FDP, Muri, BE
Hansruedi Wandfluh, SVP, Frutigen BE
Walter Wobmann, SVP, Gretzenbach, SO

Ständerat:

Filippo Lombardi, CVP, Melide, TI

Nationalratskandidaten:

Thomas Fuchs, SVP Bern, BE
Erich J. Hess, JSVP Bern, BE
Beat Michel, JSVP, Rüeggisberg, BE

Kandidieren Sie am 21. Oktober 2007 für einen Sitz im National- oder Ständerat und setzen Sie sich zusammen mit uns für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde ein? PRO LIBERTATE wird auf der Homepage www.prolibertate.ch eine öffentliche Wahlempfehlung für Sie abgeben. Melden Sie sich schriftlich, per Telefon oder per Mail bei uns (siehe Impressum). Gemeinsam schaffen wir es, dass unser Land frei und unabhängig bleibt!

Die Wahlempfehlung der PRO LIBERTATE hilft unseren Lesern bei der richtigen Wahl!

1 dringender Aufruf

**1. 21. Oktober 2007 Parlamentswahlen:
Entscheiden Sie mit!**

PRO  LIBERTATE

– mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

5.07

Impressum

Redaktion: A. Bossard Gartenmann, M. Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen

Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard Gartenmann (Präsidentin),
3800 Matten b. I.

Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz

Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 19.9.2007

Sie können Spenden

an PRO LIBERTATE

auch in  tätigen.